

Politisches Risiko ist kein Nischenrisiko mehr

Political Risk Survey 2022: Schadenhäufigkeit stark angestiegen

FRANKFURT AM MAIN, 19. April 2023 — Neun von zehn Unternehmen weltweit haben 2022 einen Schaden durch politische Unruhen oder politisch bedingte Handelsbeschränkungen erlitten. Damit hat sich das politische Risiko von einem seltenen – aber schwerwiegenden – zu einem "Risiko für Jedermann" entwickelt. Dies zeigt der jährliche „Political Risk Survey“, den die Unternehmensberatung [WTW](#) zum sechsten Mal in Folge veröffentlicht hat. Befragt wurden 50 Unternehmen aus der ganzen Welt, davon die Hälfte mit einem Jahresumsatz von mehr als 1 Milliarde Dollar¹. „Die Entwicklung in den letzten drei Jahren zeigt, wie sehr die politischen Rahmenbedingungen einzelne Standorte immer stärker bedrohen“, sagt Thomas Olaynig, Head of Corporate Risk & Broking DACH & Poland bei WTW. „Die Auswirkungen reichen von gestörten Lieferketten über geschwächte Demokratien und soziale Unruhen bis hin zu Sanktionen und Inflation.“

Ukraine-Krieg sorgt für weitreichende Verluste

92 Prozent der befragten Unternehmen gaben an, im vergangenen Jahr von einem politischen Risiko betroffen gewesen zu sein – vor drei Jahren waren dies lediglich 35 Prozent (Abb. 2). Einer der Haupttreiber war der anhaltende Konflikt in der Ukraine mit seinen humanitären und wirtschaftlichen Folgen. So bezeichnete ein europäischer Befragter die Auswirkungen auf die Wirtschaft als "verheerend"; ein US-amerikanisches Technologieunternehmen, das all seine Aktivitäten in Russland und Belarus eingestellt hat, sprach von einem „Verlust von fast 1 Milliarde Dollar“.

Der Konflikt bewegt, insbesondere europäische, Unternehmen weiterhin – auch wenn viele sich bereits von dort zurückgezogen und die Verluste schon realisiert haben. Mit Blick auf das laufende Jahr führt die Ukraine die Liste der Top-Risiken an, dicht gefolgt von der Abkopplung von China sowie der Krise und den neuen Vorschriften in der EU:

Top-10-Risiken für das Jahr 2023 (Nennungen):

Ukraine	13
Abkopplung von China	12
EU-Krise und Regulierung	10
Wirtschaftlicher Nationalismus	7
ESG-Verpflichtungen	6
Unsicherheit USA	6
Soziale Konflikte in reichen Ländern	5

¹ Die Umfrage und ausführliche Interviews wurden im Januar und Februar 2023 von Oxford Analytica durchgeführt.

Umstrittene geopolitische Ausrichtungen	4
Taiwan	4
Stärkerer Druck/Verbote durch Regierungen	4

Abb. 1: Top-10-Risiken 2023**Weitere Kernergebnisse des Political Risk Survey:**

- 86 Prozent der westeuropäischen Befragten berichteten von negativen finanziellen Auswirkungen des Konflikts in der Ukraine.
- Fast 50 Prozent rechnen damit, dass die De-Globalisierung "stark zunehmen" wird.
- 48 Prozent der Befragten meldeten einen direkten Verlust durch politische Risiken in einem oder mehreren BRIC-Ländern.
- 42 Prozent sagten, dass die Abkopplung von China "stark zunehmen" werde.
- 100 Prozent der befragten Unternehmen haben ihr politisches Risikomanagement seit Februar 2022 verbessert.
- 68 Prozent der weltweit Befragten kaufen jetzt eine Versicherung gegen politische Risiken ein, verglichen mit 43 Prozent im Jahr 2020 (Abb. 3).

Die Teilnehmer äußerten sich nicht nur besorgt über die Eskalation des Konflikts in der Ukraine: „Vielmehr geht es um nachfolgende Komplikationen wie Sanktionen und Inflation“, erklärt Monika Behrens, Head of Client Management DACH, Corporate Risk & Broking. „Manager machen sich zum Beispiel Sorgen, dass sie verhaftet werden könnten, weil sie beispielsweise die Umgehung von Sanktionen erleichtert haben.“

Geschäftsmodelle im Lichte der De-Globalisierung neu absichern

Zugleich sorgen sich die Unternehmen darüber, wie ihre globalisierten Geschäftsmodelle in einer politisch gespaltenen Welt funktionieren können: So konnten sich viele Teilnehmer nur schwer vorstellen, wie die Wirtschaftsbeziehungen zwischen den USA und China ohne größere Schäden für die Weltwirtschaft gelöst werden könnten. „Viele Unternehmen werden nervös, wenn es darum geht, ihre Geschäfte in China fortzusetzen“, so Behrens. „Sie wissen nicht, ob und wie sie sich von einem so wichtigen Markt abkoppeln können und wollen und wie sie die damit verbundenen Risiken steuern sollen, ohne die Chancen, die der Markt bietet, zu verlieren.“

100 Prozent verbessern ihr Risikomanagement

Um den vielschichtigen politischen Risiken zu begegnen, arbeiten alle befragten Unternehmen an ihren Risikomanagement-Techniken: Dabei ist der Einkauf von Versicherungsschutz die beliebteste Maßnahme (68 Prozent), gefolgt von Szenarioanalysen (56), der Aufnahme geopolitischer Risiken in das unternehmensweite

Pressemitteilung

Risikomanagement (56) sowie des Aufschlags von Risikoprämien auf Renditen (34). (Abb. 4) „Die Entwicklung in Richtung mehr Vorsorge ist positiv“, sagt Olaynig. „Unternehmen müssen die Risiken für jeden ihrer Standorte intensiver analysieren und ihre Risikostrategie anpassen.“

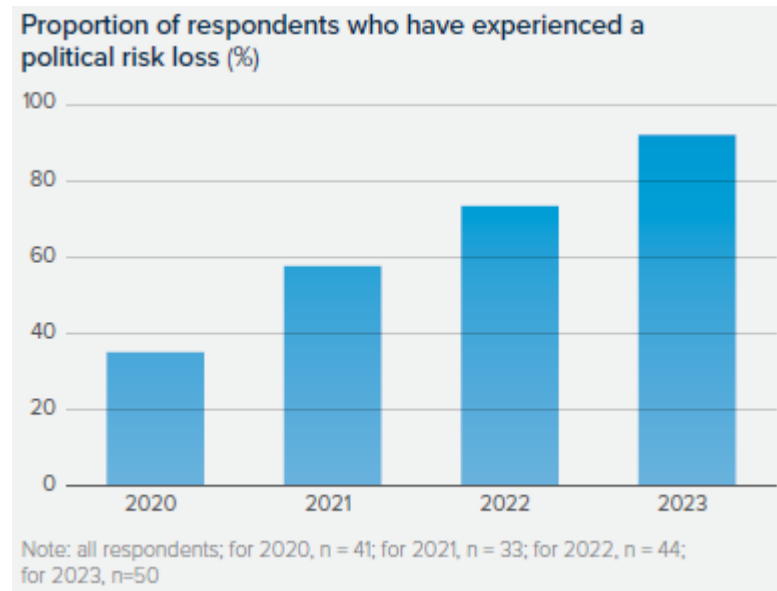


Abb. 2: Anteil der Unternehmen, die von Verlusten durch politische Risiken betroffen sind

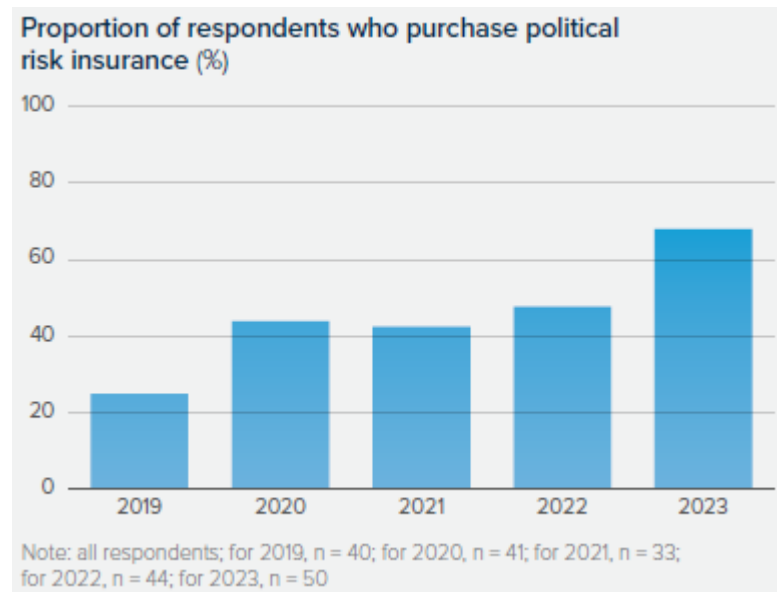


Abb. 3: Anteil der Unternehmen, die sich mit Versicherungen gegen politische Risiken absichern

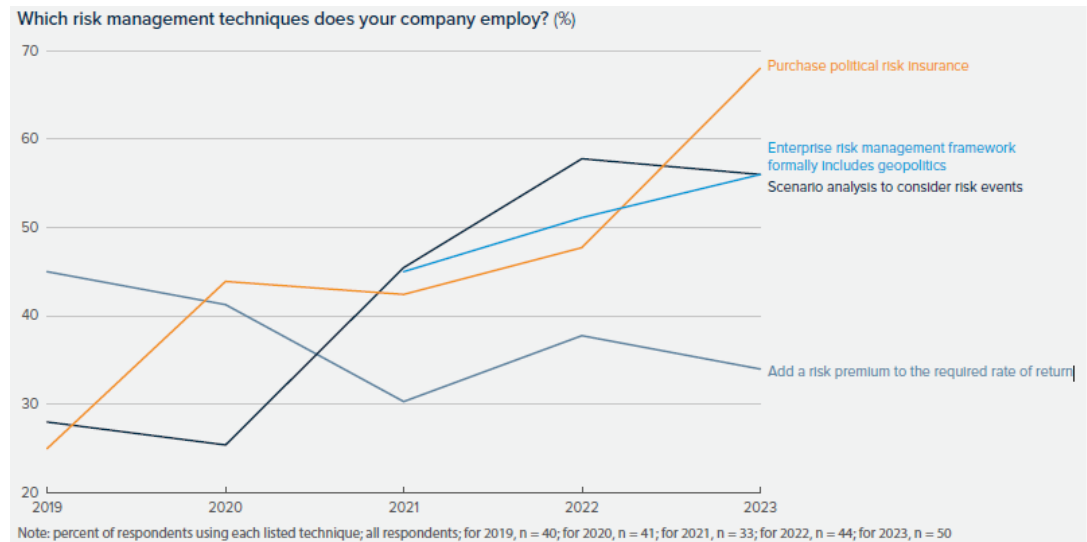


Abb. 4: Maßnahmen der Unternehmen, um ihr politisches Risikomanagement zu verbessern

Pressekontakt

Ulrike Lerchner-Arnold: +49 611 794-218
ulrike.lerchner-arnold@wtwco.com

Corinna Bause: +49 2234 60198-19
cbause@vocato.com

Über WTW

WTW (NASDAQ: WTW) bietet datengesteuerte, evidenzbasierte Lösungen in den Bereichen Mitarbeiter, Risiko und Kapital. Wir nutzen die globale Sichtweise und das lokale Fachwissen unserer Mitarbeitenden in 140 Ländern und Märkten, um Unternehmen dabei zu helfen, ihre Strategie zu schärfen, die Widerstandsfähigkeit ihrer Organisation zu verbessern, ihre Mitarbeitenden zu motivieren und ihre Leistung zu maximieren.

In enger Zusammenarbeit mit unseren Kunden decken wir Chancen für nachhaltigen Erfolg auf und bieten Perspektiven, die Sie weiterbringen.

Erfahren Sie mehr unter wtwco.com.